



# BUNDESPRÄSIDENTIALAMT

Die Rede im Internet:  
[www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de)

Seite 1 von 9

**Bundespräsident Christian Wulff  
bei der Eröffnung des 3. ver.di-Bundeskongresses  
am 17. September 2011  
in Leipzig**

Was wäre unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, ohne Gewerkschaften?

Es wäre in jeder Hinsicht ärmer. Materiell ärmer und vor allem ärmer an Gemeinsinn und Engagement für unser Land. Man vergisst manchmal, Erfolge zu benennen, vielleicht auf Seiten der Gewerkschaften auch deshalb, weil man meint, dann weitergehende Forderungen nicht mehr so glaubhaft vorbringen zu können. Aber als Bundespräsident sage ich Ihnen: Der Anteil der Gewerkschaften an der Erfolgsgeschichte unseres Landes ist ein ganz wesentlicher – zu allen Zeiten, aber vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg. Dass dies heute so breite Zustimmung in der Bevölkerung findet, ist eine ausgesprochen erfreuliche Tatsache, war aber nicht immer so. Ich glaube, Sie spüren im Moment mehr als zu anderen Zeiten, dass die Menschen auf das hören, was die Gewerkschaften zu sagen haben.

Ich denke bei der Erfolgsgeschichte natürlich an Gewerkschafter wie Hans Böckler, Heinz Kluncker oder Heinz Oskar Vetter. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben unser Land und die soziale Marktwirtschaft mitgeprägt und manches anfangs heftig umkämpfte durchgesetzt. Die Mitbestimmung, die Betriebsverfassung, das Recht der Personalvertretung – wichtige Gesetze, die heute zu einem selbstverständlichen Bestandteil unserer Sozialordnung geworden sind.

Mitbestimmung heißt Mitverantwortung. Die Arbeit in Gewerkschaft und Betriebsrat war und ist gelebte Demokratie: Die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, das Wort zu erheben, Arbeitsbedingungen zu verbessern, für gerechte Löhne und Gehälter zu kämpfen, Mitverantwortung für die gemeinsame Sache zu tragen.

ANSCHRIFT	Bundespräsidialamt 11010 Berlin
TEL / FAX	030 2000-2021/-1926
E-MAIL	presse@bpra.bund.de
INTERNET	www.bundespraesident.de

Die Gewerkschaften haben einen wesentlichen Anteil an der Stabilität unserer Demokratie, am wirtschaftlichen Erfolg und am Gelingen unserer sozialen Marktwirtschaft.

Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich unsere Tradition des am Gemeinwohl orientierten Miteinanders von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eindrucksvoll bewährt. Bei allen unterschiedlichen Interessen, die es selbstverständlich gibt, gibt es doch ein gemeinsames Interesse am gemeinsamen Erfolg eines Unternehmens. Diesem Miteinander verdanken wir, dass unser Land trotz der schweren Finanz- und Schuldenkrise bislang so gut wie kaum eine andere große Industrienation dasteht und zugleich der soziale Ausgleich eine wirkliche Stärke in unserem Land darstellt. Dass wir heute so gut dastehen, verdanken wir auch maßvoller Lohnpolitik über viele Jahre hinweg und flexiblen, intelligenten Instrumenten wie der Kurzarbeit und den Arbeitszeitregelungen, den Arbeitszeitkonten. Hier schauen inzwischen viele Länder in der ganzen Welt auf Deutschland, wie wir das gemacht haben. Die gute Idee war, in der Krise Belegschaften nicht zu entlassen, sondern im Betrieb zu halten, um sie, wenn der Konsum wieder anzieht, der Export wieder zunimmt, hochqualifiziert und hoch motiviert an Bord zu haben. Ich glaube, dass es vor allem ein Verdienst der Gewerkschaften und der Wirtschaft ist, mit Hilfe der Politik auf diese Art und Weise mit der Krise umgegangen zu sein. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ihren Teil der Verantwortung übernommen.

Dass unser Land so gut dasteht, darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir wachsam bleiben müssen, dass es Gefahren gibt für die Weltwirtschaft, für die Konjunktur, auch in Deutschland. Daher ist es umso wichtiger, zu beachten, was uns die Krise gelehrt hat: Wie wichtig es ist, vor Ort miteinander zusammenzuarbeiten, sich zu kennen, sich zu vertrauen und zusammenzuhalten. Hier sehe ich im Kern die gestiegene Bedeutung der Gewerkschaften und ihr gestiegenes Ansehen begründet. Immer mehr Menschen erkennen, wie wichtig Vertrauen für die Zusammenarbeit ist.

Die Zustimmung, die ich auch von Banken für meine Reden beim Deutschen Bankentag und vor Wirtschaftsnobelpreisträgern in Lindau erfahren habe, hat mir gezeigt: Wir müssen wachsam bleiben, es werden schon wieder die Fehler gemacht, die uns in die Krise geführt haben. Das Verhalten hat sich nicht grundlegend verändert. Das muss uns sehr besorgt stimmen und daher gilt es auch aufmerksam denen zuzuhören, die auf Vertrauen setzen. Sie leisten als Gewerkschaften, Arbeitnehmervertretungen, Betriebsräte, in ihren Branchen, in ihren Unternehmen Vertrauensarbeit.

Die gemeinsame Verantwortung der Sozialpartner in Deutschland – das ist die bewährte Antwort auf den herkömmlichen Antagonismus von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen. Die gemeinsame

Verantwortung und die Verantwortung eines jeden Chefs, eines jeden Arbeitgebers, eines jeden Dienstherrn - nicht nur für Umsatz und Gewinne, sondern auch für die Beschäftigten, für deren Familien, für die Produkte, die man herstellt, die Produktionsverfahren, mit denen man sie herstellt, für den Ort, an dem man produziert, für die Region, in der man tätig ist, für das Land, in dem man erfolgreich ist. Diese umfassende Verantwortung ist gemeint, wenn man von sozialer Marktwirtschaft spricht. Einen Kapitalismus, in dem man davon nichts weiß, wollten wir eben in unserem Land nie haben.

Gemeinsam ist man erfolgreicher. Die Sozialpartnerschaft ist ein Wettbewerbsvorteil für unser Land. Ich habe es am Tag der Deutschen Einheit in Bremen gesagt und ich will es hier wiederholen: Wir können stolz sein auf unsere kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungen. Vor allem können wir aber stolz sein auf das soziale Klima in unserem Land, auf Toleranz, Kompromissfähigkeit und Solidarität. Gewerkschafter, Arbeitgeber, Beschäftigte - alle haben gezeigt: Die Kraft zum Ausgleich, zu einfallsreichen Lösungen, die Kraft zum Zusammenhalt, das zeichnet uns vor allem in Deutschland aus. Neuer Zusammenhalt in der Gesellschaft ist nur möglich, wenn sich kein Stärkerer entzieht und kein Schwächerer ausgegrenzt wird. Wenn jeder in Verantwortung genommen wird und jeder verantwortlich sein kann. Wer lange vergeblich nach Arbeit sucht, sich von einem unsicheren Job zum nächsten hangeln muss, wer das Gefühl hat, nicht gebraucht zu werden und keine Perspektive erhält, der wird sich verständlicherweise enttäuscht von unserer Gesellschaft abwenden.

In Chile, in Israel, in Madrid oder London und an vielen weiteren Orten der Welt erzielt ein Buch „Empört Euch!“ große Auflagen. Hunderttausende kommen zusammen, um einem Gefühl des Unwohlseins, der Ungerechtigkeit, der gefühlten oder tatsächlichen Unfairness Ausdruck zu verleihen. Ich will nicht, dass wir erst in diese Diskussion eintreten, wenn wir auch in Deutschland große Demonstrationen Jüngerer wie Älterer haben, von Menschen, die meinen, es ginge nicht fair und gerecht zu. Deshalb sollten wir jetzt, auf den Gewerkschaftstagen und nach den Gewerkschaftstagen, mit allen Parteien und Verantwortungsträgern, mit denen, die in den Parlamenten die Entscheidungen treffen, diese Diskussion intensiv führen.

Ich danke Ihnen als Gewerkschaftern für die Integration der vielen Zuwanderer, die gerade über den Arbeitsplatz, in den Betrieben ihren Weg in unsere Gesellschaft finden. Auch auf diesen Beitrag zum Gelingen unseres Gemeinwesens können wir nicht verzichten. Sie sind als Gewerkschaften nicht einfache populistische Wege gegangen, sondern den schwierigen Weg des Miteinanders, der Offenheit für Fremde und Fremdes.

Ihre Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di knüpft an die große Tradition deutscher Gewerkschaften in unserem Land an. Auch deshalb gratuliere ich Ihnen zu Ihrem zehnjährigen Jubiläum und den Jahrzehnten des erfolgreichen Wirkens Ihrer Vorgängerorganisationen. Sie haben vor zehn Jahren die Zeichen der Zeit erkannt und den Weg einzelner Branchen-Gewerkschaften beendet. Ich weiß, dass das nicht einfach war und bis heute ist es eine große Herausforderung, die ganz verschiedenen Interessen der unterschiedlichen Branchen zusammenzuhalten.

Ihrer Gründungsurkunde vom 19. März 2001 war bereits zu entnehmen, dass es Ihnen dabei nicht nur um Branchen- und Arbeitnehmerinteressen im engen Sinne geht. Sondern um die Mitarbeit für eine bessere Gesellschaft und eine bessere Welt: Für eine „gemeinwohlorientierte Politik“, für „qualitatives Wachstum“, wie Sie schon damals formulierten – eine Diskussion, die Sie heute verstärkt führen und die geführt werden muss –, „gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ und für die internationale „Verwirklichung der Menschenrechte“. Das setzen Sie bis heute fort. Ich erlebe vor allem ihre internationalen Kontakte als außerordentlich hilfreich, denn Sie exportieren damit eine Kultur des Gemeinsinns und der Würde jedes einzelnen Menschen in einem großen Ganzen.

Darin sehe ich neben der nötigen Interessenpolitik den Wert starker Gewerkschaften für unsere Gesellschaft: Sie wirken an der demokratischen Willensbildung mit. Sie geben moralische und solidarische Impulse, die uns daran erinnern, worum es in unserer sozialen Marktwirtschaft zu allererst gehen muss: um den Menschen und sein Wohlergehen, um ein freies, solidarisches und gerechtes Zusammenleben aller.

Wie für alle großen Organisationen ist es auch für Sie schwer, junge Leute zu gewinnen und zu halten. Das wird sich nur ändern können, wenn wir den Wert von Mitverantwortung und Mitgestaltung stärker empfinden und thematisieren. Es ist Aufgabe von uns allen, vorzuleben, wie bereichernd es für jede und jeden ist, sich für andere, für die Gemeinschaft zu engagieren. Ich werbe dafür, dass Menschen in Parteien oder Gewerkschaften eintreten und gemeinsam für ihre Interessen und Anliegen kämpfen.

Ich habe bei Wirtschaftstagen darauf hingewiesen, mich mit Betriebsräten, den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften oder den Vizepräsidenten der Handwerksorganisationen getroffen und dabei jeweils deutlich gemacht: Im Handel oder in der Altenpflege sind höhere Organisationsgrade und eine höhere Tarifbindung wünschenswert. Das würde dem Ganzen dienen und gute Arbeitsbedingungen begünstigen.

Der Dienstleistungsbereich erbringt über zwei Drittel der Wertschöpfung und beschäftigt mehr als 30 Millionen Menschen in

unserem Land. Seit dem Jahr 2008, als die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ausbrach, sind über eine halbe Million Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen worden. Sie beschäftigen sich in den nächsten Tagen mit der Tatsache, dass darunter viele geringfügig Beschäftigte sind. Das erleichtert manchen den Einstieg in den Arbeitsmarkt, das ermöglicht manchem Hinzuverdienste. Aber für die, die eine Vollzeitbeschäftigung suchen, von der sie leben und ihre Familie ernähren können, dürfen Zeitarbeit, Minijobs und befristete Beschäftigung nicht zur Sackgasse werden, sondern müssen Brücke sein. Unter diesem Aspekt muss staatliche Förderung stets überprüft werden. Missbrauch darf nicht toleriert werden.

Gerade im Dienstleistungssektor entstehen Arbeitsplätze der Zukunft – von der spezialisierten Dienstleistung für Industrieunternehmen bis hin zum Dienst am pflegebedürftigen Menschen in der alternden Gesellschaft. Damit das gute Arbeitsplätze werden, brauchen wir gesellschaftliche Anerkennung für Dienstleistungen und solide Aus- und Weiterbildung.

Menschen brauchen einen verlässlichen Rahmen, faire Perspektiven, um sich zu entfalten, eine Familie zu gründen, Kinder in die Welt zu setzen, ein Haus zu bauen und auch für Mitmenschen Zeit und Kraft zu haben. Dieses elementare Bedürfnis nach Sicherheit ist das eine. Das Bedürfnis nach Flexibilität, nach Mobilität, nach Beschleunigung ist das andere. Es täte unserem Land gut, wenn wir immer wieder über die richtige Balance reden. Einen Weg zu finden, der den Interessen der Menschen gerecht wird, das ist alle Anstrengungen wert. Der Missbrauch von Instrumenten, die Flexibilität und Mobilität ermöglichen sollen, muss verhindert werden, damit das notwendige Maß an Sicherheit gewährleistet wird.

Sie verrichten tagtäglich in Unternehmen und in der Verwaltung, im Handel und im Finanzsektor, an Flughäfen und Bahnhöfen, in Krankenhäusern und Pflegeheimen, in Schulen und Kindertagesstätten ihren Dienst mit großem Einsatz. Deutschland verdankt auch dieser Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft seine Stärke. Sie leisten tagtäglich viel und die meisten leisten sogar mehr als man erwarten darf. Mir haben zum Beispiel Bürgerinnen und Bürger sehr bewegend geschrieben, die von schwer zu bekämpfenden Krankheiten heimgesucht waren. Sie haben geschrieben, wie in Situationen der Ratlosigkeit das Personal in den Krankenhäusern geholfen hat, weit über alles erwartbare Maß hinaus.

Ich möchte deshalb heute hier bei Ihnen auf drei Dienstleistungsbereiche eingehen, um gesellschaftliche Debatten zu begleiten.

Zuerst auf die sozialen Dienste, den Dienst in der Pflege und im Gesundheitswesen. Was ist uns dieser aufopferungsvolle Dienst am Menschen in unserer Gesellschaft wert? Da kann ich nur sagen: Er

muss uns künftig mehr wert sein, um auch die Beschäftigten zu finden, die wir brauchen!

Wir brauchen im umfassenden Sinne mehr Anerkennung, eine Aufwertung dieser Dienste. Es bleibt eine Zumutung für das moralische Empfinden, dass der aufopferungsvolle Dienst am Menschen so viel schlechter bezahlt wird als manche Tätigkeiten, deren Beitrag zum Gemeinwohl weit weniger offensichtlich ist. Ich habe es bereits beim Bankentag vor einigen Monaten gesagt: Das Ausmaß der Differenz zwischen dem, was Pfleger in einem Altenheim verdienen, die jeden Tag unmittelbar Verantwortung für viele Menschen tragen, und den Bonizahlungen im Bankensektor, der uns so viele Probleme macht, ist unerträglich.

Darin steckt sozialer Sprengstoff. Denn es ist ein menschliches Urbedürfnis, dass es fair zugeht. Man will in einer Familie, man will in einer Gemeinde, man will in einer Gruppe, auch in einer Gewerkschaft, dass es insgesamt fair zugeht. Man lässt nicht zu, dass es zu viele Trittbrettfahrer zu Lasten des Ganzen gibt. Es ist Konsens in unserem Land, dass es kein Missverhältnis von Leistung zu Gegenleistung geben darf. Aber es gibt manche, die haften für nichts, erhalten aber Gelder, als würden sie persönlich haften. Und es gibt andere, die haften ganz persönlich für Leben und Tod von Menschen und erhalten dafür tagtäglich zu wenig Anerkennung. Es ist bedrückend, dass es Gruppen in unserer Gesellschaft gibt, die den Eindruck vermitteln, in abgehobenen Parallelwelten zu leben. Und die ihre Ansprüche aus einer vermeintlich hohen Leistung ableiten, die am Ende keine ist und der gesamten Volkswirtschaft schadet.

Wer zur Elite eines Landes gehören will, muss Vorbildfunktion und auch Verantwortung übernehmen – ohne Wenn und Aber.

Unbestreitbar ist auch, dass die Arbeitsbedingungen in den sozialen Diensten sich bessern müssen. Dann fällt es auch leichter, gegen den bereits herrschenden und künftig zu erwartenden Mangel an Fachkräften anzukommen. Die soziale Arbeit darf allerdings nach meinem Verständnis nicht ausschließlich berufliche Angelegenheit sein. Eine menschliche Gesellschaft braucht auch diejenigen, die in Familien und im Ehrenamt Angehörige pflegen, den Großeltern helfen, Kinder in der Nachbarschaft unterstützen. Aber professionelle Dienstleistung kann so nur begleitet, sie kann niemals ersetzt werden. Deshalb müssen wir diesen professionellen Dienstleistungen in den Gesundheits- und Pflegeberufen unsere ganze Aufmerksamkeit widmen.

Ich möchte den Fokus auf eine zweite Gruppe richten: auf den Bereich der Erziehung und der Bildung. Dort wird die vielleicht wichtigste Arbeit für die Zukunft unserer Gesellschaft geleistet. Der notwendige Respekt wird dieser Arbeit immer noch zu wenig gezollt. Das wird sich ändern müssen. Wir sehen vielerorts bei den

Kindertagesstätten Veränderungen zum Besseren. Aber wir haben immer noch nicht überall die grundlegende Bedeutung gerade frühkindlicher Bildung erkannt. Wir dürfen nicht nachlassen, eine höhere Anerkennung dieser Arbeit einzufordern. Es werden auch zu wenig Männer Erzieher in den Tagesstätten. Auch das liegt nicht zuletzt an den finanziellen Rahmenbedingungen, die wir für diese pädagogische Kärnerarbeit tolerieren.

Drittens danke ich für die Arbeit in der Verwaltung und im öffentlichen Dienst. Ohne den öffentlichen Dienst wäre unser Land nicht so erfolgreich wie es ist. Er ist dem Gemeinwohl verpflichtet und er ist ein Standortvorteil. Bei vielen Gesprächen mit Unternehmerinnen und Unternehmern im Ausland höre ich viel über Unsicherheiten und lange, oft intransparente Behördenabläufe und sogar Korruption. Im weltweiten Maßstab können wir auf die Qualität unserer behördlichen Dienstleistungen mehr als stolz sein. Sicherheit, Ordnung, geregelte und transparente Verwaltungsverfahren können ausschlaggebend sein für geschäftlichen Erfolg. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer wissen das heute mehr denn je zu schätzen. Auch wenn manche Kritik an Vorschriften und Bürokratie berechtigt ist und Ansporn sein muss, es noch besser zu machen: Die Qualität behördlicher Dienstleistungen in Deutschland ist gut, trotz der damit einhergehenden Arbeitsverdichtung.

Alle Bürgerinnen und Bürger, auch die Gewerkschaften, stehen heute vor einer besonderen Aufgabe: Wir müssen die Kehrtwende hin zu nachhaltigem Wirtschaften und Haushalten schaffen.

Wir werden ehrlicher als in der Vergangenheit den Realitäten ins Auge zu schauen haben: Die Welt verändert sich rapide, die Gewichte in der Welt verschieben sich rasant. Die Bevölkerung der Welt wird weiter schnell wachsen. Schon im Jahr 2030 werden über acht Milliarden Menschen auf dieser Erde leben. Die heute noch so genannten Schwellen- und Entwicklungsländer werden mit dem Selbstbewusstsein wachsender Bevölkerungen und Volkswirtschaften mehr Anteil am Wohlstand beanspruchen. Das ist auch fair, gerecht und richtig. Auf der anderen Seite müssen wir erkennen, dass bei uns heute schon viele junge Menschen fehlen. Ohne geregelte Zuwanderung, ohne höhere Beteiligung von Frauen und Älteren am Arbeitsleben mit sehr viel flexibleren Übergängen in Rente und Pension würde in Deutschland in nur 15 Jahren die Zahl der Erwerbstätigen um sechseinhalb Millionen Menschen zurückgehen. Wenn wir hier nicht klug reagieren, werden wir unsere bislang erreichten Wachstumsraten nicht in die Zukunft fortschreiben können. Wir werden uns anstrengen müssen, um die öffentlichen Haushalte zu sanieren, die sozialen Sicherungssysteme demografiefest zu gestalten und die Lasten nicht weiter in die Zukunft zu verschieben. Wenn jetzt Spanien und andere die Schuldenbremse einführen, dann macht mir das Mut, dass jeder

sich zur Decke streckt und wir gemeinsam die Probleme in den Griff bekommen.

Viele Länder der Erde haben auf Kosten natürlicher Lebensgrundlagen und auf Kosten der Nachkommenden gelebt. Jahr für Jahr haben wir, auch in unserem Land, mehr öffentliche Gelder ausgegeben, als wir öffentliche Einnahmen erzielten. Das war unmoralisch und auch unsolidarisch mit den kommenden Generationen. Immerhin deutet heute vieles darauf hin, dass wir uns in einer Zeit des Umdenkens und der Umkehr befinden, wenn ich an die Energiewende oder die Schuldenbremse denke. Wir müssen heute darüber streiten, was die notwendigen Ausgaben sind. Jedes Land in Europa muss seine Probleme lösen, dann werden wir insgesamt als Europäer auch solidarisch bleiben, wie wir es immer gewesen sind. Im Moment brauchen andere die Hilfe von uns, irgendwann brauchen wir wieder die Hilfe anderer. Mit wieder neuen Schulden und unter Aufschub dringend nötiger Reformen werden wir der Krise aber nicht Herr werden.

Jeder, der heute politische Programme entwirft, muss seine Pläne für Schuldenabbau, staatliche Mehreinnahmen und neue Ausgaben miteinander in Einklang bringen. Jeder hat an seiner Stelle Verantwortung zu übernehmen für stabile Verhältnisse in unserem Land und in Europa. Parteien und Gewerkschaften müssen für ihre Programme Verantwortung tragen, Staaten und Regierungen für ihre Politik und ihre Haushalte, Private – ob Kleinanleger oder große Banken – für ihre Investitionen.

Es müssen wieder die Grundsätze der Marktwirtschaft gelten. Wer sein Geld verleiht, der muss genau hinsehen, wie die Aussichten stehen, dass er es zurück erhält und Gewinne erzielt, und er hat auch die möglichen Verluste zu tragen. Auch das heißt Verantwortung zu übernehmen. Wenn wir diese Grundsätze außer Kraft setzen, dann wird uns keine gute Zukunft blühen.

Sie werden in den nächsten acht Tagen viele Probleme diskutieren, die Sie in unserer Gesellschaft sehen. Manche sind unabweisbar: Die Unterschiede bei den Arbeitseinkommen haben zugenommen. Soziale Brennpunkte und prekäre Verhältnisse gibt es ohne Zweifel auch in unseren Städten, in unserem Land. Wir müssen uns diesen Problemen stellen, und Sie tun das.

Wir wollen gemeinsam die Vorzüge unseres Gemeinwesens für die Zukunft sichern. Einiges dabei müssen wir verbessern. Vor allem brauchen wir mehr Entfaltungschancen für alle. Zu viele junge Menschen werden noch immer nicht ausreichend gefördert. Aber richtig ist auch: Die Chancen mehren sich aufgrund der demografischen Entwicklung – für junge Leute, für Lehrlinge und Fachkräfte, die heute schon dringend gesucht werden. Die Botschaft an die Eltern ist: Wer seine Kinder fördert oder ihnen die Förderung durch andere eröffnet,



der eröffnet ihnen auch die Aussicht auf eine gut bezahlte und erfüllende Arbeit.

Wir haben alle Chancen, auch unter veränderten Bedingungen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu bewahren. Dazu müssen wir menschlich miteinander umgehen. Das tun wir, wenn wir das Dienen nicht verlernen. Und das tun Sie, die den Dienst am Menschen zu ihrem Beruf gemacht haben. Ich weiß nicht, wie oft Sie darüber nachdenken, dass ver.di die Gewerkschaft des Dienens ist. „Dienen“ ist ja ein nicht unumstrittener Begriff. Aber nutzen Sie ihn für sich positiv! Denn eine Gesellschaft guter Dienstleistungen – das ist eine menschliche Gesellschaft, die Zukunft hat!

Sie haben in unserem Land viel Gutes geleistet. Sie haben viel Sympathie verdient. Ich wünsche Ihnen gute und fruchtbare Debatten in den nächsten sieben Tagen und ein erfolgreiches weiteres Jahrzehnt als Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft!